



## **Newsletter Arbeit, Wirtschaft und Häfen, Ausgabe 14, 23.04.2010**

---

### **Zwei Bürgerschaftsdebatten zur Leiharbeit Mädchen mischen mit - Girls' Day in der grünen Fraktion**

---

*Liebe Leserinnen und Leser,  
in dieser Woche gab es gleich zwei Bürgerschaftsdebatten zum Thema Leiharbeit. Einmal ging es um die Frage der Bewertung von Leiharbeit als arbeitsmarktpolitisches Instrument, und das andere Mal um einen Antrag der Linken, der sich konkret auf die Firma Rhenus Midgard bezog, die ihren Beschäftigten gekündigt und ihnen angeboten haben soll, in einer konzerneigenen Leiharbeitsfirma zu schlechteren Bedingungen und fast um die Hälfte niedrigeren Löhnen weiter beschäftigt zu werden. Doch auch der Girls' Day soll in diesem Newsletter erwähnt werden: Neun engagierte und interessierte Mädchen tummelten sich gestern zuerst in der Bürgerschaft und dann in den Fraktionsräumen, um mit Abgeordneten die ihnen am Herzen liegenden Themen zu diskutieren und das offensichtlich erstaunte Fazit zu ziehen: „Abgeordnete sind ja ganz normale Menschen!“*

**"Wir halten konzerneigene Leiharbeit für systematische Tarifflicht, die geeignet ist, den sozialen Frieden zu gefährden."**

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise wird deutlich, dass Unternehmen die Leiharbeit in erheblich größerem Umfang für die strategische Unternehmensentwicklung nutzen. Mittlerweile gründen Unternehmen offenbar gezielt konzerneigene Leiharbeitsfirmen, in die sie Teile ihrer Stammebelegschaft zu deutlich schlechteren finanziellen und rechtlichen Bedingungen überführen. Die EU-Leiharbeitsrichtlinie wurde nur unzureichend in deutsches Recht umgesetzt; ein auf Basis eines Bürgerschaftsbeschlusses initiiertes Antrag Bremens im Bundesrat, der die Gleichstellung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmern in Fragen von Gehalt, Schutz und Rechten mit den Stammebelegschaften regeln sollte, scheiterte.

Eine Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN widmete sich der Problematik Leiharbeit mit den Kernfragen: Was weiß der Senat über konzerneigene Leiharbeit im Land Bremen? Wie viele Leiharbeitsfirmen gibt es insgesamt? Und was kosten uns die Aufstockerinnen und Aufstocker, die neben ihrem Arbeitsentgelt Arbeitslosengeld II beziehen müssen sowie Kosten zur Unterkunft?

Silvia Schön, für die Arbeitsmarktpolitik zuständig: "Der Senat weiß nichts über konzerneigene Leiharbeit. Das liegt daran, dass die Bundesagentur für Arbeit bei der Erteilung nicht unterscheidet, ob es sich um konzerneigene Leiharbeit handelt oder nicht."

Der Senat weiß leider auch nichts darüber, wie viele Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen im Land Bremen aufstockende Sozialleistungen bekommen, weil auch diese Daten von der Bundesagentur für Arbeit nicht erhoben werden."

Immerhin weiß der Senat, dass es in Bremen 412 Leiharbeitsunternehmen gibt (vor eineinhalb Jahren waren es erst 120) und dass in dieser augenscheinlich enormen Wachstumsbranche nach Überprüfungen zu einem nicht unerheblichen Teil die Lizenzen wieder entzogen oder Auflagen erteilt wurden. Aber auch hier sind die Gründe nicht bekannt. Schöns Fazit: "Es kann und darf nicht sein, dass wir mit öffentlichem Geld Gehälter bezahlen, für die die Unternehmen zuständig sind, und dann nicht einmal wissen, in welcher Höhe wir das in den Kommunen Bremen und Bremerhaven tun."

### **"Als sicher scheint zu gelten ..."**

Auf die vage Vermutung, dass beim geplanten Bau eines Offshore-Hafens die Firma Rhenus Midgard als Partner feststehen würde, stützte die Fraktion der Linksfraktion einen Antrag. Darin wird der Senat aufgefordert, "keinen Hafengebäudebau und keinen Hafendienstbetrieb mit einer Bau- und/oder Betreiberfirma anzugehen, die nicht mit allen bei ihr beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dem Flächentarifvertrag von Verdi unterliegen."

Hintergrund: Die Firma Rhenus Midgard soll ihren Beschäftigten gekündigt und ihnen angeboten haben, in einer konzern-eigenen Leiharbeitsfirma zu schlechteren Bedingungen und fast um die Hälfte niedrigeren Löhnen weiter beschäftigt zu werden.

Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der grünen Fraktion, begrüßte zunächst Kollegen der Firma Rhenus Midgard, die der Debatte beiwohnten. Sie verwies zunächst auf die gestrige Debatte zur Großen Anfrage der Grünen zum Thema Leiharbeit und machte noch einmal deutlich: "Auch für uns sind die Auswüchse von Leiharbeit, die zu Lohndumping führen und den sozialen Frieden gefährden können, nicht akzeptabel. Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Leidtragenden sind, wenn Banker sich verzockt haben, dann ist das für mich, mit Verlaub, Herr Präsident, eine Schweinerei!" Zum Antrag der Linken sagte sie: "Ich halte nichts davon, den Menschen Sand in die Augen zu streuen und so zu tun, als ob wir in der Politik das mal eben alles schnell ändern können."

Zum geplanten Offshore-Hafen stehe nämlich noch nichts fest, wie auch der grüne Hafensprecher Frank Willmann und Wirtschaftsstaatsrat Heseler betonten: Es werden noch Standortvarianten geprüft, dann erst könne das Planfeststellungsverfahren in Gang gesetzt werden. Außerdem könne es noch keine Festlegung auf eine Firma geben, weil die Baukonzession nach EU-Recht europaweit ausgeschrieben werden muss. Staatsrat Heseler warf denn auch der Linken vor, mit ihrem Antrag geltendes Recht aushebeln zu wollen.

Zu den Vorwürfen des Lohndumpings hatte Rhenus Midgard in einer Stellungnahme erklärt:

\* Richtig: Aufgrund struktureller -- nicht etwa nur vorübergehender -- Veränderungen in den relevanten Marktfeldern musste restrukturiert werden. Nach fast einem Jahr Verhandlungen - teilweise mit ver.di, teilweise nur mit dem Betriebsrat -- wurden alle Angebote der Geschäftsführung von Arbeitnehmerseite abgelehnt, es blieb nur die Kündigung. Bei jährlichen Verlusten von mehr als 10.000 Euro pro Beschäftigtem -- trotz Kurzarbeit! -- war die Fortführung des Betriebs zu den bestehenden Bedingungen wirtschaftlich einfach nicht zumutbar.

\* Falsch: Es wurde nicht allen Betroffenen ein Angebot unterbreitet, sondern es konnte nur etwa einem Drittel der Betroffenen eine Anschlussbeschäftigung angeboten werden. Für alle Betroffenen wurde mit dem Betriebsrat ein Sozialplan vereinbart, der eine entsprechende Abfindung beinhaltet. Die Annahme eines Alternativangebots ist rein freiwillig.

\* Falsch: die Konditionen sollten bei weitem nicht halbiert werden, sondern sich in Teilbereichen der angebotenen Tätigkeit sogar weiterhin am Hafentarif orientieren. Selbst im ungünstigsten Fall war immer sichergestellt, dass das Entgelt mehr als 30% über dem Zeitarbeitsvertrag und übrigens auch deutlich über dem gestern für den Hafentarif vereinbarten Fahrerlohn von 10,90 Euro pro Stunde gelegen hätte

\* Falsch: Mit diesem Lohnniveau wären die Betroffenen keinesfalls auf staatliche Unterstützung angewiesen gewesen, liegt der immer noch bei über 2.500 Euro brutto pro Monat. Von einem Handeln auf Kosten der öffentlichen Haushalte kann nicht die Rede sein."

Silvia Schön dazu: "Ob das so stimmt, was da drin steht, da haben wir Fragezeichen. Denn uns liegen Kündigungen und Lohntabellen vor, aus denen hervorgeht, dass nur der Hafengrundlohn von 7 Euro 73 gezahlt wird, bei Krankheit nur 10,33 pro Tag, bei Urlaub 11,60 pro Tag. Und auf den hohen Bruttolohn komme man bei Rhenus Port Services nur mit Zulagen: mit vier Sonntagsschichten, vier Nachtschichten, dreizehn Tagschichten im Monat sowie Überstunden an Werk- und Sonntagen. Wir wissen auch nicht, ob unter diesen Bedingungen immer der Arbeitsschutz eingehalten werden kann. Außerdem ist Rhenus Midgard nicht Mitglied der Hafentarifgemeinschaft."

Und abschließend: "Wir werden, und das Versprechen wir auch den Mitarbeitern hier, uns weiter auf den Weg machen, die Leiharbeit zu dem wieder zurückzuführen, wofür sie eigentlich gedacht war, nämlich Auftragsspitzen aufzufangen."

### **Mädchen mischen mit – Girls‘ Day bei der grünen Fraktion**

Am gestrigen Girls‘ Day setzte die Grüne Fraktion ihr Engagement für Mädchen und junge Frauen fort. Neun Mädchen zwischen 13 und 16 verfolgten die Bürgerschaftsdebatte zum Kinderlärm und diskutierten anschließend mit Abgeordneten. Thema waren dabei u.a. die Berufsperspektiven von jungen Frauen.

Trotz der besseren Schulabschlüsse entscheiden sich Mädchen überproportional häufig für wenige "typisch weibliche" Berufsfelder oder Studienfächer. 54 Prozent wählen im Rahmen der dualen Berufsausbildung einen von nur 10 Berufen, angeführt wird diese Hitliste von Kauffrau im Einzelhandel, Bürokauffrau, Verkäuferin und Friseurin. Damit schöpfen die jungen Frauen ihre Potenziale nicht aus, der Wirtschaft fehlen Fachkräfte und nicht zuletzt wird in "Frauenberufen" weniger bezahlt und die Aufstiegschancen sind gering.

„Um das zu verändern, müssen wir an vielen Stellen ansetzen. Dazu gehören beispielsweise deutliche Veränderungen in der Berufsberatung der Arbeitsagentur, die Aufwertung typischer Frauenberufe die Veränderung der Arbeitswelt gerade in technischen Berufen und nicht zuletzt eine höhere Motivation von Jungen für Sozialberufe. Der Girls‘ Day ist dabei ein Mosaikstein“, erklärt Silvia Schön. Auch müssten Mädchen und junge Frauen von der Politik noch stärker unterstützt werden. Ein bundesweites Gleichstellungsgesetz sollte endlich dazu führen, dass auch Frauen für gleiche Arbeit gleich bezahlt werden und auch die klassischen Frauenberufe endlich eine Aufwertung in der Gesellschaft erfahren. Frauen fassen zwar schon häufiger auch in nicht frauen-typischen Berufszweigen Fuß, aber Lohnungleichheit und Hürden auf dem Karriereweg sind ein gesellschaftliches Problem, welches Frauen viele Zukunftsoptionen verbaut.“

*Mit freundlichen Grüßen*

*Silvia Schön, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin*

## **AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:**



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin  
[silvia.schoen@gruene-bremen.de](mailto:silvia.schoen@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-231)



Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher  
[frank.willmann@gruene-bremen.de](mailto:frank.willmann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit  
[andrea.quick@gruene-bremen.de](mailto:andrea.quick@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa  
[christine.moeglin@gruene-bremen.de](mailto:christine.moeglin@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.